

Lerneffekte aus der Coronakrise

Rudolf Taschner, Wiener Wirtschaftskreis, 16. November 2020

In den Tagen, da diese Zeilen geschrieben werden, gefährdet die Coronakrise zu unser aller Leidwesen schlimmer als je zuvor Menschenleben. Doch wir können bei stetig besser werdender Medikation, bei gezielten und mit digitalen Mitteln perfektionierten Rückverfolgungen und Testungen, vor allem bei Vorliegen von wirksamen Impfstoffen darauf hoffen, dass die Gesundheitskrise zu Sommerbeginn 2021 bewältigt sein wird. Doch dann gilt es, die mit der Krise einhergegangenen politischen Wandlungen, sozialen Umgestaltungen und wirtschaftlichen Verwerfungen zu verarbeiten.

Bereits Mitte April 2020 wurde vom Wiener Wirtschaftskreis das Papier „Die Wirtschaft nach der Krise“ erstellt, worin sich Überlegungen finden, die für Maßnahmen vor allem im wirtschaftlichen Bereich in der Zeit nach der Krise als Richtschnur dienen. Ein halbes Jahr später haben die Gedankengänge dieses Papier, insbesondere die seines Einleitungstextes, nur marginal an Aktualität eingebüßt.

Am 13. November 2020 erschien in der „Welt“ ein Interview mit dem deutschen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble unter dem Schlagwort: „Es wird nicht so weitergehen können, wie es vor Corona war“. In ihm mahnt Schäuble: „Wir müssen den Schock der Pandemie nutzen, damit das unglaubliche Schwungrad des Kapitalismus und der Finanzmärkte nicht weiter überdreht.“

Konkret fordert er erstens *Regulierungen des Zahlungsverkehrs*: „Der freie Zahlungs- und Devisenverkehr kann nicht länger eine Rechtfertigung für Steueroasen sein, die in Wahrheit Regulierungsoasen sind. Sie stehen exemplarisch für den Übergang von einem überzogenen Finanzmarkt zu schwerer Kriminalität – und wir lassen das zu. Das geht so nicht weiter.“

Zweitens müsse, so Schäuble, *die Ausbeutung des freien Welthandels aufhören*: „Ich meine, dass der Kapitalismus, wie wir ihn derzeit betreiben, auf Kosten der ohnehin Schwachen geht. Unter dem Stichwort ‚freier Welthandel‘ beuten wir Arbeitskräfte in Ländern wie Bangladesch in einer menschenunwürdigen Weise aus.“

Drittens kommt der Bundestagspräsident auf *globale Lieferketten* zu sprechen: „Es kann nicht sein, dass sie uns in Abhängigkeiten bringen, die dazu führen, dass (...) die Grundstoffe für Antibiotika fehlen. Wir haben im Globalisierungsrausch verlernt, Vorsorge zu treffen.“

Viertens wird die durch die Coronakrise massiv verstärkte *Erwartungshaltung der Bevölkerung an den Staat* problematisiert: „Die große Mehrheit will doch nicht, dass die Dinge wie in China geregelt werden. Es wirkt, als seien die Chinesen in der Pandemiebekämpfung besser als wir, aber der Preis dafür ist die totale Kontrolle. Corona nimmt (...) uns Europäer einmal mehr in die Pflicht, in diesem 21. Jahrhundert zu zeigen, dass eine freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung das bessere Modell ist.“

Die milliardenschweren Hilfs- und Rettungspakete für die Wirtschaft drohen, so warnt Schäuble fünftens, zu einer *Vollkaskoanspruchsbhaltung gegenüber dem Staat* zu führen: „Der Staat steht in der Verantwortung, die Balance zu wahren. Damit das klar ist: Ich kritisiere nicht die einzelnen Maßnahmen, ich warne nur vor Übertreibung. Wer die Illusion schürt, Geld sei unbegrenzt, der nimmt der Gesellschaft die Eigenverantwortung.“

Und sechstens kommt Schäuble im Gegenzug auf die Gefahr zu sprechen, dass die für Prosperität nötige *Risikobereitschaft, die man fürs Unternehmertum braucht*, jetzt unter die Räder kommt: „Risiken einzugehen, auch unternehmerische Risiken, Leistung zu zeigen, das ist in der Tat ein Urdrang des Menschen. Risiko- und Leistungsbereitschaft sollten wir durch die Politik nicht zu sehr zudecken. Leistung zu bringen, zählt doch zu den Dingen, die den Menschen Zufriedenheit verschaffen und die für den subjektiven Wohlstand am Ende wichtig sind.“

Insbesondere die drei letztgenannten Punkte sind für Wirtschaftstreibende bedenkenswert: Die Coronakrise wird dazu führen, dass einige Branchen Einschnitte und Umbrüche erfahren: Dazu zählen unter anderen der Tourismus, verbunden mit Gastgewerbe, Hotellerie, Reiseveranstalter, Beförderungsunternehmen, der lokale Handel, da der in der Krise aufblühende Onlinehandel ziemlich sicher ein ernstzunehmender Konkurrent bleibt, die auf Büros, Geschäfts- oder Dienststellen spezialisierten Immobilienunternehmen, sowie viele andere Geschäftsfelder. Um das Ziel, Betriebsschließungen möglichst zu vermeiden, erreichen zu können, ist die Förderung innovativer Geschäftsideen dringend vonnöten. Diese lassen sich am besten mit einer *soliden Investitionsfreudigkeit* verwirklichen, wobei diese allein auf Anreize von Seiten der öffentlichen Hand, auf Herstellung einer positiven und grundsätzlich optimistischen Stimmung und auf Rücknahme bürokratischer Hürden gründen kann.

Allerdings gilt es zugleich, Spreu von Weizen zu trennen. Positives Investitionsklima ist allein dann wirksam und beständig, wenn auf ein Gerade-noch-am-Überleben-Halten von Firmen mit aussichtsloser Perspektive verzichtet wird. Wenn in der Zeit nach Corona ein wenig vom amerikanischen Geist des *strikt mit einem Fordern verbundenen Förderns* in Österreich Einzug hielte, wäre eine gute Lehre aus der Krise gezogen.

Trotzdem ist Wolfgang Schäubles Warnung vor einem Abschieben der Verpflichtungen zur Erhöhung von Produktivität und Bruttonationalprodukt auf den Staat sehr ernst zu nehmen. Gerade in der durch die Coronakrise erzeugten Umbruchphase gilt es, sich der ordoliberalen Grundsätze Walter Euckens zu erinnern: Es gilt die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung zu erhalten und zu stärken, in der ein durch den Staat geschaffener Ordnungsrahmen den ökonomischen Wettbewerb und die Freiheit der Bürger auf dem Markt gewährleisten soll. Eucken brachte das Leitbild des Ordoliberalismus auf die Formel: *Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein.*

Den drei erstgenannten Punkten, die dem Gespräch Wolfgang Schäubles mit der „Welt“ zu entnehmen sind, ist – leider – mit Skepsis zu begegnen. Auch die von Corona hervorgerufenen Verwerfungen werden zum Beispiel nicht dazu führen, dass der Ausbau globaler Lieferketten oder die Bevorzugungen der weltumspannenden Internetgiganten (von Schäuble nicht erwähnt) gebremst wird: Sie werden von deren Betreibern als zu vorteilhaft angepriesen und von deren Nutzern zu gerne in Anspruch genommen, als dass lokale Alternativen gute Chancen hätten. Und bei der Ausbeutung des freien Welthandels und beim überbordenden Finanz- und Zahlungsverkehr ist es wohl ähnlich bestellt.

Wir unterschätzen leider allzu oft die Macht des Vergessens. Zwar ist das Lernen aus der Erfahrung im Vergleich zum Lernen aus der Einsicht zwar bitterer, dafür aber auch prägender. Wenn allerdings die Erfahrung von der Flut neuer und ansprechender Eindrücke hinweggeschwemmt wird, gerät auch all jenes, was die Erfahrung lehrte, ins Hintertreffen. Erst kommende Jahre und Jahrzehnte werden erweisen, ob diese skeptische Haltung im Falle der Coronakrise berechtigt ist.